

Annoncen-Annahme-Bureau.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wohlth. 16.)
bei C. H. Kirck & Co.
Beiseite 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei L. Streifand,
in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.
Hamburg, Leipzig, München
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei C. E. Danne & Co.
Hansens & Co. Vogler,
Rudolph Hoff.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Zuwaldbau.“

Nr. 683.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 25 Pf. Einschaltungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 29. September
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Bl. die schwebelnde Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die auf folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 12 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 28. September. Der König hat dem Oberförster Hering zu Tschier, im Kreise Freistadt, den R.-A.-Ord. 3. Kl. mit der Schleife, dem Kreisgerichts-Gefangenwärter Hippe zu Wollstein, im Kreise Bomst, das Allg. Ehrenzeichen, dem prakt. Arzt Dr. Wienstein zu Demmin den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Kaiser hat den Gemeinderath Johann Philipp Schönlau, Rentner zu Weisenburg im Bezirk Unter-Elb, zum Bürgermeister, den Gemeinderath Carl Rehm, Apotheker daselbst, zum ersten Beigeordneten, den Gemeinderath und hies. Beigeordneten Heinrich Gnahn, Landwirth daselbst, zum zweiten Beigeordneten, und den Gemeinderath und hies. Beigeordneten Carl Viktor Zehly, Zündholzfabrikant zu Weiler, zum dritten Beigeordneten der Gemeinde Weisenburg ernannt; die von dem ref. Konsistorium zu Straßburg i. E. vorgenommene Ernennung des Pfarrers Geofroi Goepf aus Kirberg zum Pfarrer in Diedendorf, Bezirk Unter-Elb, bestätigt.

Dem kaiserl. Notar Ludwig Matrod in Bensfeld ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichs-Justizdienst ertheilt.

Der hies. Progymnasiallehrer und kommiss. Kreis-Schulinspektor Dr. Gustav Nachel in Saarbrücken ist zum Kreis-Schulinspektor im Reg.-Bez. Trier ernannt, der provvis. Lehrer Gottschalk am Seminar zu Oberburg unter Ernennung zum ord. Seminarlehrer an das evang. Schullehrer-Seminar zu Königsberg R.-M. versetzt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 28. September. Die in hiesigen Zeitungen enthaltene Notiz, daß die Auflösung des Abgeordnetenhauses schon in den nächsten Tagen erfolgen würde, dürfte sich nicht bestätigen. Der Termin der Auflösung hängt ja mit dem Termin der Berufung des Landtages eng zusammen, da nach der Verfassung der Zusammentritt des Abgeordnetenhauses spätestens 90 Tage nach erfolgter Auflösung stattfinden muß. Da nun der Landtag nach der unerlässlichen Rücksicht auf die Reichstagsession und die Reichstagswahlen erst gegen Mitte Januar wird berufen werden können, so steht die Auflösung nicht früher als um die Mitte Oktober und der Termin der Wahlen erst in der letzten Oktoberwoche zu erwarten. (Vgl. das Telegramm in unserer Freitag-Morgennummer. Red. d. Pos. 3.) Allseitig wird jetzt als selbstverständlich angenommen, daß die erste Landtagssession der neuen Legislatur nur eine verhältnismäßig kurze sein können, und daß große legislative Aufgaben in derselben schwer zu bewältigen sein werden. Eine parlamentarische Notiz, die dies hervorhebt, sagt dabei: „Erst vom Jahre 1878 an darf man sich versprechen, daß dem Landtage wieder eine ununterbrochene ausreichende Beratungsfrist in einer günstigen Jahreszeit, nämlich in den ersten Monaten des Jahres, zu Gebote steht, während die letzten Monate des Jahres dem Reichstage verbleiben.“ Der Schluß dieser Andeutung ist irrig, da nach allen Erörterungen, die über die Verlegung des Etatsjahres stattgefunden haben, und besonders nach den Aeußerungen aus den Regionen der Reichsregierung, die ersten Monate des Jahres für den Reichstag reservirt werden, dem Landtage dagegen künftig die letzten Monate des Jahres zufallen sollen. — Die Zeitungen melden die Berufung des Ober-Regierungsraths Raffel von Oppeln (früher in Posen) und des Regierungsraths Bosse vom Oberpräsidium zu Hannover in das Kultusministerium. Es handelt sich dabei um den Ersatz einerseits für den als Landdrost nach Hannover berufenen Geh. Oberregierungsrath von Cranach und andererseits für den Geh. Oberregierungsrath Dahrensdorf, welcher ebenso wie der Geh. Oberregierungsrath Jenzens vom Handelsministerium als ständiges Mitglied in das Ober-Verwaltungsgericht eintreten soll.

Wiener und pariser Blätter beschäftigen sich mit einer angeblichen Mission des Feldmarschalls v. Manteuffel nach Wien. Die „Liberté“ läßt sich aus Wien telegraphiren, daß der militärische Diplomat heute (28. d.) daselbst erwartet werde und eine gleiche Nachricht wird von Berlin aus in österreichischen Blättern verbreitet. Nach der „N. Z.“ eingehenden Informationen sind diese Behauptungen unbegründet; vielmehr ist Generalfeldmarschall v. Manteuffel über München und Tegernsee behufs einer vierwöchentlichen Badekur nach Gastein gereist.

Der Justizauschuß des Bundesrathes hatte vor längerer Zeit einen Antrag dahin gestellt, das Kostenwesen in Zivil-Prozessen und im Konkursverfahren durch Vorlegung von Gegengewürfen zu regeln. Da nun, schreibt man der „N. Z.“ der Wunsch besteht, diese Angelegenheit mit den Justizgesetzen in der nächsten Reichstagsession ins Werk zu setzen, so ist, entgegen den früheren Dispositionen, schon für Donnerstag (28. d.) eine Bundesrathssitzung anberaumt worden, in welcher diese Sache den Hauptgegenstand bilden wird und im Uebrigen nur untergeordnete Gegenstände zur Verhandlung kommen dürften. — Der Entwurf zu einem Patengesetz ist, wie man mit Bestimmtheit hört, in der ersten Anlage beendet und wird jetzt einer Prüfung unterzogen, so daß die Angelegenheit in nächster Zeit schon an den Bundesrath wird gelangen können. Die Protokolle der Enquete-Kommission werden gedruckt und dem Entwurfe als Anlagen beigelegt.

Der Minister des Innern soll bereits vor einigen Monaten ein „vertrauliches“ Schreiben an die Landräthe gerichtet haben, in welchen er ihnen jede Beeinflussung der Wahlen aufs entschiedenste untersagt. Das Rundschreiben muß indeß, wenn es überhaupt erlassen worden, so vertraulich gewesen sein, daß die Adressaten vielfach glauben, ihm keine Beachtung schenken zu müssen. Wenigstens hat sie nach Mittheilung der „N. Z.“ in den Ostprovinzen bereits wieder an der Arbeit für die Partei Knobloch, die

sich ihnen freilich dadurch dankbar erweist, daß sie so viel wie möglich Landrathskandidaturen aufstellt.

Der Kultusminister Dr. Falk hat, wie die „N. Z.“ schreibt, den Uebergang der Schüler von einer höheren Unterrichtsanstalt auf eine andere, wobei bis jetzt von vielen Direktoren nach ungleichen Grundsätzen verfahren wurde, so daß die Ungleichmäßigkeit des Verfahrens in nicht seltenen Fällen zu Unbilligkeiten führte, unter Berücksichtigung der über diesen Gegenstand von sämmtlichen königl. Provinzialschulkollegien eingeholten Gutachten durch Ministerialreskript vom 30. Juni c. für folgende Anstalten: 1) Gymnasien, 2) Realschulen I. Ordnung und 3) die den Gymnasien und Realschulen I. Ordnung in den entsprechenden Klassen als gleichstehend anerkannten Progymnasien und höheren Bürgerschulen derart geordnet, daß überall nach gleichen Grundsätzen Abgangszeugnisse ertheilt, resp. Prüfungen vorgenommen werden müssen, wodurch die oben angedeuteten Unbilligkeiten und Härten nahezu unmöglich werden. Eine Ausnahmebestimmung nehmen, so weit es sich um Aufnahme der Schüler handelt, die Anstalten zu Porta und das Joachimsthalsche Gymnasium ein, da es bei der Aufnahme in dergleichen Alumnaten nicht bloß auf Konstatirung der Reife für eine bestimmte Klasse, sondern außerdem auf die Auswahl der tüchtigsten unter den angemeldeten Schülern ankommt.

Mit Ermächtigung des Kaisers, welcher die Aufhebung der betreffenden Stellen der Universitäts-Statuten zugelassen hat, ist nun auch den juristischen Fakultäten der Landes-Universitäten gestattet worden, bei Preisaufgaben, Promotionen und Habilitations-Leistungen die deutsche Sprache zu gebrauchen. Namentlich können bei den Prüfungen zum Doktor beider Rechte das Gesuch um Zulassung und der dazu gehörige Lebenslauf in deutscher Sprache abgefaßt werden. Für das dem Gesuche beizulegende Specimen der wissenschaftlichen Kenntnisse des Kandidaten beziehentlich für die Inaugural-Dissertation steht demselben die freie Wahl zu, ob er sich der deutschen oder lateinischen Sprache bedienen will. Es bleibt dem Ermessen der Fakultät in jedem einzelnen Falle überlassen, für die, vor der mündlichen Prüfung einzulegenden schriftlichen Prüfungsarbeiten die Anwendung der deutschen oder der lateinischen Sprache anzuordnen. Die mündliche Prüfung ist ausschließlich deutsch abzuhalten. Dasselbe gilt von der öffentlichen Disputation, während für den Promotions-Akt selbst die lateinische Sprache ganz oder theilweise beibehalten werden kann. Die Doktorpromotion wird auch ferner lateinisch abgelegt und das Doktordiplom in lateinischer Sprache ausgestellt. Bei der Habilitation von Privatdozenten sind das Colloquium für die erforderliche Notifikation, die Probevorlesung vor der Fakultät, das sich an diese anschließende Colloquium und die öffentliche Disputation in deutscher Sprache abzuhalten.

Die dreitägigen, heißen und mühsamen Debatten des ersten preussischen Stadtverordneten-Kongresses fanden einen würdigen Abschluß mit dem Festmahle, welches die Mitglieder der berliner Stadtverordneten-Versammlung ihren auswärtigen Kollegen gestern (26. d.) Abend im zoologischen Garten gaben. Der Besuch des Festes war nicht minder zahlreich, wie der der Verhandlungen, und die hier vorgelegte Tagesordnung hatte vor jener sogar den Vorzug, daß sie keinerlei Opposition aufkommen ließ. Der große Festsaal, mit preussischen und deutschen Fahnen, der Blitze des Kaisers und dem Stadtwappen decorirt, vermochte nur eben die Festgenossen zu fassen. Den ersten Toast brachte, wie sich das gebührt, der Festvorsitzende auf den Kaiser aus. Der Kongress ist zu Ende geführt, sagte Dr. Straßmann, und die Leistungen desselben sind um so höher anzuschlagen, als die Vorbereitungen dazu so zu sagen im Fluge getroffen werden mußten. Aber das Werk ist glücklich zu Ende geführt, und heute, wo wir uns in froher Tafelrunde versammeln, geniest es sich, zuerst unseres allgeliebten Kaisers, unseres hochverehrten Landesherren, zu gedenken. Großes ist in den letzten Jahren vollbracht, das Sehnen, der Traum der deutschen Nation ist seiner Verwirklichung entgegengeführt, ein einiges Vaterland ist der Preis des Ruhmes der Siege und Schlachten geworden. Thaten, wie die Welt sie kaum zuvor gesehen, sind vollführt worden unter dem Regiment unseres Kaisers Wilhelm I.: hoffen wir, daß es unserem Vaterlande beizubringen sein möge, noch lange die Früchte dieser großen Kämpfe in Wohlstand, Gerechtigkeit und Freiheit zu genießen. Wir vereinigen uns in dem Rufe: Se. Majestät unser deutscher Kaiser, er lebe hoch! hoch! und nochmals hoch! Begeistert stimmte die Versammlung in den Ruf ein, während die Musik die preussische Nationalhymne intonirte. — Darauf brachte der Vorsteher Stellvertreter Springer den Gästen ein Glas dar. In ersten Debatten und in erster Anregung habe der erste preussische Stadtverordneten-Kongress die wichtigsten Angelegenheiten des Gemeindelebens verhandelt. Der Erfolg stehe noch dahin; noch wisse man nicht, ob die Ansichten der Männer, welche zu Wächtern des kommunalen Lebens berufen sind, den gewünschten Einfluß an parlamentarischer Stelle finden werden, noch wisse man nicht, in welchem Sinne die neue Städteordnung, die zur Zeit noch wie eine schwere Gewitterwolke über unserem Haupte schwebt, entschieden werden wird. Aber eines wissen wir: daß trotz des Widerpruchs der Meinungen in einzelnen Stücken wir alle einig sind in der Ueberzeugung, daß die Zulässigkeit eines unberechtigten Einflusses auf die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung eine Schädigung der Selbstständigkeit derselben und somit eine Schädigung des Wohles der Städte ist. In dieser Ueberzeugung sind die kleinen und großen Städte einig, wenn sie und da auf die Vortheile Berlins in dieser Beziehung hingewiesen wurde, so erwiderte ich: Ja, einen Vortheil hat Berlin von dem Kongresse gehabt, auf den wir stolz sind und für den ich Ihnen danke, den nämlich, daß wir Sie heute hier als unsere Gäste begrüßen können. Die Gäste leben hoch! — Fiebigere Halle brachte in einem vollen Glase den Gastgebern und Einberufern des Kongresses den Dank der Delegirten dar. Die Stein'sche Städteordnung habe das preussische Volk in den Stand gesetzt, nicht nur für das preussische, sondern auch für das deutsche Vaterland die großen Thaten zu vollbringen, deren wir uns heute freuen. Wir freuen uns der Rechte, die uns die Stein'sche Gesetzgebung brachte, aber wir sind auch die Güter derselben, und von diesem Gesichtspunkte treten wir an die neue Städteordnung heran. Aber was sollten wir Einzelnen gegen die drohenden Gefahren thun? Da haben uns die berliner

Stadtverordneten geholfen, indem sie eine Organisation schufen, mit welcher sie sich um das Vaterland ein Verdienst erworben haben. Das erkennen wir an und dafür danken wir ihnen. Die berliner Kollegen, sie leben hoch! Lüders-Görlich brachte dem Vorsitzenden ein Glas. Immer höher schwellt die Feststimmung und manche Rede blieb für die Allgemeinheit ungehört. Nur Ludwig Löwe brachte noch einmal Bahn mit einer Ansprache, welche mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland schloß. Der Toast wurde von der Versammlung begeistert aufgenommen.

Hannover, 27. Sept. Im hannoverschen Provinzial-Landtage hatten die Herren von Bennigsen, Graf Knipphausen und L. U. Fromme, folgenden (schon kurz erwähnten) Antrag eingebracht.

„Der Provinziallandtag wolle beschließen: Die Provinzialstände Hannovers beantragen, königliche Regierung wolle die geeigneten Schritte thun, daß die Beschlagnahme des Vermögens Sr. Majestät des Königs Georg V. aufgehoben und diese Mittel ihrer vertragsmäßigen Bestimmung wieder zugeführt werden.“

Als Motiv des Antrages wurde angegeben, daß ein solcher Akt wesentlich dazu beitragen würde, noch vorhandene Gefühle des Schmerzes über das Aufhören der Selbstständigkeit Hannovers und über die Beseitigung seiner Dynastie zu mildern und eine allgemeinere Beruhigung der Gemüther der Einwohner der Provinz über die eingetretenen staatlichen Veränderungen herbeizuführen. Nach eingehender Motivirung durch Herrn v. Bennigsen wurde der Antrag ohne Diskussion einstimmig angenommen. Die Antragsteller vertreten die drei Kurien des Landtages: der Ritterschaft, der Städte und des Landes, und die Unterzeichnung durch den Landesdirektor v. Bennigsen wird als Zeichen des Einverständnisses der Regierung mit dem Antrage angesehen. Man wird sich erinnern, daß, als vor mehr als Jahresfrist die Aufhebung des auf dem kurfürstlich heffischen Vermögen ruhenden Sequesters beschlossen wurde, nur eine Stimme war, daß auch die Beschlagnahme der hannoverschen Gelder, des sog. „Reptilienfonds“, baldigst aufhören möge. Dazu ist indeß ein Gesetz nöthig; die Regierung muß also, falls sie auf den obigen Beschluß eingeht, dem preussischen Landtage eine Vorlage machen.

Aus Langensalza, 26. September, berichtet man der „Magd. Ztg.“ folgende unglaubliche Geschichte:

„Große Unzufriedenheit hat es hier erregt, daß in diesen Tagen viele hiesige Bürger durch mündliche Ladung des Polizeibieners auf das Rathhaus zitiert sind, um über ihre Schulden Auskunft zu geben und die Quittungen über die gezahlten Rufen vorzulegen. Die Vernehmung jedes Einzelnen geschah in Gegenwart der übrigen auf dem Rathhause erschienenen Bürger, ein Verfahren, welches gegen die sonst geübte Humanität unseres Magistrats kontrastirt. Da auch die Gläubiger, an welche die Zinsen gezahlt werden, genannt werden müssen und aufgezeichnet werden, so werden diejenigen, welche Gelder ausleihen haben, immer mehr dahin getrieben, ihre Kapitalien in Werthpapieren und nicht auf Hypotheken anzulegen. Auch wird der Kredit der einzelnen Bürger durch die erwähnte Maßregel nicht gefördert.“

Vorausgesetzt, daß an der Sache etwas Wahres ist — weshalb geben die Bürger von Langensalza Auskunft über so neugierige Fragen ihres Magistrats?

Karlsruhe, 26. Sept. Ueber den Ministerwechsel schreibt die „Bad. Landesztg.“: „Außer Staatsminister Dr. Jolly ist also doch noch ein weiteres Mitglied des Ministeriums, Geh. Rath v. Freydrick zurückgetreten und durch den Rechtsanwalt Grimm in Mannheim ersetzt worden; derselbe übernimmt das Ministerium des großherzoglichen Hauses und der Justiz. Die auswärtigen Angelegenheiten, insbesondere also auch die unmittelbaren politischen Beziehungen zum Reich werden in noch weiterer Nähe als bisher dem Staatsministerium unterstellt und durch den Präsidenten des Handelsministeriums, Staatsminister und Präsidenten des Staatsministeriums Turban, vertreten. Die Berufung des Herrn Grimm muß ein Akt sehr rascher Entscheidung gewesen sein; das badische Ministerium ist dadurch im nationalen Sinn sicher nicht geschwächt; der Ruf des neuen Justizpräsidenten ist in dieser Beziehung ein eben so fest gegründeter, als sein trefflicher Name im Anwaltsstande, der sich durch die Berufung besonders ausgezeichnet fühlen darf. Herr Grimm steht wohl wenig über der Mitte der 40er Jahre und ist eine volle, erprobte Arbeitskraft. Er ist Mitglied der Justizkommission des Reichstages und die bevorstehende Einführung der Reichsjustizgesetze mag dazu beitragen haben, den Blick gerade auf ihn zu lenken. Daß der neu berufene Präsident auch der badischen 2. Kammer bereits angehört, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Der verbleibende Finanzpräsident Herr Elstatter ist durch eine Rangeshöhung besonders ausgezeichnet worden. Die nationale Gesinnung des Ministerialpräsidenten des Innern, Herrn Stöcker, steht außer Zweifel, obwohl spezielle Gründe ihn im Laufe des Winters veranlaßt hätten, aus der nationalen Kammerpartei auszutreten.“

Paris, 26. September. Alle sogenannten Familienstücken der Klasse von 1867 und 68, wie die ältesten Söhne von Wittwen, die Ältesten von Waisenkindern u. dgl., die während des Krieges von 1870/71 in ihrer Heimath gelassen wurden, sind vom 17. Oktober d. J. an für 28 Tage als Reservisten zu den Fahnen berufen. In Friedenszeiten von jedem Kriegsdienste befreit, bleiben sie doch immer zur Verfügung des Kriegsministers und können zu Uebungen einberufen werden. Es fällt natürlich auf, daß der Kriegsminister es für nöthig erachtet hat, von dieser Bestimmung des Gesetzes vom 27. Juli 1872 Gebrauch zu machen; ja, man bringt die herausfordernde, freche Sprache, welche der mit dem „Elyse“ in sehr guten Beziehungen stehende Figaro seit einiger Zeit über die deutsche Armee führt, und das plötzliche Einklinken der höchst bemerkenswerthen Artikel des „Journal des Debats“ über die Manöver damit in Verbindung. Die letzteren sollen höchsten Orts um so mehr missfallen haben, als man es gegenwärtig für nothwendig hält, der Armee ihren früheren Glanz vor dem Auslande wieder zu verschaffen. — Die Blätter von Montpellier bringen nun heute einen Beschluß des Syndikats der Weinhandler von Beziers, dem zufolge es alle die gerichtlich verfolgten wird, welche sich in Zukunft der Weinfälschung hingeben. Das betreffende Dokument lautet:

„In Erwägung, daß die künstliche Färbung der Weine schon ersten Schaden verursacht hat; daß sie den guten Ruf und die Zukunft der französischen Weinberge vernichten muß, und daß es unumgänglich notwendig ist, sie zu verhindern und sie, von welcher Seite her sie auch kommen mag, zu verfolgen; in Erwägung, daß im Augenblick der Weinlese es unumgänglich notwendig ist, diesen Thatsachen die größtmögliche Publizität zu geben, und die Weinbergbesitzer, welche sich von den Verkäufern von Farbstoffen zu dem ersten Betrug, den sie begehen, verleiten lassen, von den Gefahren in Kenntniß zu setzen, der sie sich durch die Fälschung ihrer Weine aussetzen, — hat das Syndikat folgenden Beschluß gefaßt: Der Syndikal-Ausschuß ist speziell beauftragt, von seinen Mitgliedern die Weinproben, die eine erste Analyse der künstlichen Färbung als verdächtig erscheinen lassen, entgegenzunehmen, um sie einer neuen Prüfung zu unterwerfen. Der Ausschuss wird auf Kosten des Syndikats und im Namen der Mitglieder seinen Statuten gemäß vor allen Gerichtsbarkeiten die verfolgen, welche die verfälschten Weine verkaufen. Er ist beauftragt, den Resultaten der Verfolgungen alle mögliche Publizität zu geben. Endlich hat er die spezielle Aufgabe, alle Maßnahmen zu ergreifen, welche er für notwendig hält, um die Ehre und die Interessen des Weinhandels unter diesen ersten Verhältnissen sicherzustellen. Der Präsident des Syndikats.“

Madrid, 21. September. Königin Isabella v. rückt heute in einem Extrazug Santander und soll morgen im Escorial eintreffen. Truppen aus dem Militärbezirk von Valladolid und Burgos sind, wie der „R. Btg.“ berichtet wird, nach den Bahnhöfen beordert worden, um dem königlichen Zuge die militärischen Ehren zu erweisen, und Kapitan-Generäle, Militär- und Zivil-Gouverneurs geben der hohen Reisenden das Geleit innerhalb der Grenzen ihrer Bezirke. Der Aufenthalt im Escorial hängt von dem Befinden der erkrankten Prinzessin Pilar ab. Lieber den Tag des Einzugs in Madrid ist man deswegen noch nicht völlig im Klaren; in amtlichen Kreisen spricht man vom 28. oder 29. d. Mts. Mit der Rückkehr der Königin beginnt eine neue Epoche für Spanien. In allen politischen Kreisen herrscht ein reges Leben, eine stürmische Aufregung. Rabalen aller Art gehen nach Landesfitt Hand in Hand mit Prophezeiungen und Illusionen. Auch Alonso Martinez ist eingetroffen und hat sofort die abtrünnigen Konstitutionellen für heute Abend zu sich beschieden. Die Unzufriedenheit dieser kleinen Schaar ist bekanntlich eben so alt wie ihre Fortrennung von der Partei Sagasta's. Das von ihr gebrachte Opfer ist nicht nur nicht durch eine Portfeuille oder sonst eine erträgliche Stelle belohnt worden, sondern man hat sie geradezu hinter das Licht geführt, als man unter Vorpiegelung einer freisinnigen Handhabung sie zum Vortritt des religiösen Verfassungs-Paragrafen bewog. Es ist denn auch von nichts Geringerem als der Rückkehr derselben zur alten Fahne die Rede. Sagasta's zweifelhafte Stellung hat sich durch die letzten Ereignisse mit Einem Male geklärt; jede weitere Annäherung an die leitenden Kreise ist unmöglich, der Dualismus zwischen ihm und Allosa besteht nicht mehr. Die Partei ist wieder fest geschlossen und scheint in vielen Punkten mit Castelar zu harmonisieren. Die Moderados sind indessen auch nicht untätig; Martinez Campos und der ganze Heerhaufen der Reaktion hat sich in der Hauptstadt ein Stelldichein gegeben, um den Triumph über die Revolution mitzufeiern. Gestern Morgen ging das 20. Bataillon unter Führung des Marquis de Cervera auf der Nordbahn nach Santander ab, um sich daselbst nach Cuba einzuschiffen. Der König hatte sich nach dem Bahnhofe begeben und hielt folgende Ansprache an die Scheidenden: „Soldaten! König und Vaterland sind Euch dankbar dafür, daß Ihr ihnen jenseit des Meeres freiwillig, große Dienste leistet. Andere, größere Pflichten erlauben mir nicht, Euch zu begleiten; aber sowohl ich als meine Regierung werden sorgfältig über Euch wachen und das Vaterland wird Euch immer erkenntlich sein.“ Auf der Perle der Antillen soll es übrigens schlimm aussehen. Andere Maßregeln auf dem Gebiete der Verwaltung scheinen dort notwendiger zu sein als Truppen. Aus Ceuta wird gemeldet, daß am 17. d. daselbst auf Veranlassung der Verwaltungsbeförden ohne richterlichen Befehl gefangen gehaltenen Frauen und Kinder unter fünfzehn Jahren auf Verwendung Romero Robledo's begnadigt worden sind. Die Lage dieser Unglücklichen war wahrhaft herzzerreißend. Halb verhungert und fast ganz entblüßt, wurden sie nach Algier eingeschifft. Uebrigens weilen in Ceuta immerhin noch eine beträchtliche Anzahl von Opfern der Willkür, die noch nicht abgehen können, ob und wann sie vor ein Gericht gestellt werden sollen.

Konstantinopel, 22. September. [Eine Rede des Sultan's.] Bekanntlich hat Sultan Abdul Hamid II. vor Kurzem das Serraskerat besucht und gelegentlich eines Banketts, das der Kriegsminister ihm zu Ehren veranstaltete, eine auch in politischer Beziehung interessante Rede gehalten. Dem Bankett im Kriegsministerium folgte nun ein Besuch und ein Bankett im Marineministerium. An dem Diner nahmen 35 Personen theil und wurden die Speisen auf einfachen kupfernen Platten durch Sergeanten serviert. Als man sich zur Tafel begab, hielt der Sultan folgende Ansprache:

„Großadmiral, meine Paschas und Beys! Durch seine geographische Lage und durch die Ausdehnung seiner Küsten ist das Reich thatsächlich eine Seemacht. Unsere Flotte bildet eine der Hauptvertheidigungskräfte des Staates. In Folge dessen ist es einleuchtend, daß unsere Seestreitkräfte in guter Ordnung und in ausgezeichnete Verfassung sein müssen und gezwungen sind, daran zu arbeiten, daß sie stets auf dem Wege des Fortschrittes sich befinden. Die Marinewissenschaft hat sich in der letzten Zeit stark entwickelt, und sie führt fort, sich noch mehr zu entwickeln. Neuer Fortschritt findet ohne Unterlaß als Folge von Umständen statt, welche eine mächtige Triebfeder für die Entwicklung der nautischen Kunst ist. Wir müssen aufmerksam sein, um uns diese Verbesserung aneignen. Unsere Navigationschule, welche bestimmt ist, unsere Marine-Offiziere heranzubilden, muß als das wirksamste praktische Mittel betrachtet werden, um dieses Ziel zu erreichen. Es ist daher notwendig, sich unausgesetzt mit der guten Organisation dieser Anstalt zu beschäftigen. Beträchtliche Summen werden zur Schaffung einer Flotte aufgewendet und müssen wir daher, damit diese Ausgaben nicht resultatlos bleiben, unsere ganze Aufmerksamkeit der Erhaltung unserer Flotte und deren nützlicher Verwendung widmen. Wenn sich unsere Seeleute, Offiziere und Soldaten von diesen Rathschlägen leiten lassen, werden sie dem Vaterlande dienen, und sich mein Lob und im höchsten Grade meinen Dank für ihren bisherigen Eifer und ihre Hingebung verdienen.“

Der Capudan Pascha erwiderte diese Ansprache mit einem Toaste auf den Sultan, der nach dem Diner nach Dolmabahçe zurückkehrte.

Konstantinopel, 26. Septbr. Der englische Botschafter, Sir Henry Elliot, wie dem „Wiener Tagbl.“ gemeldet wird, gestern ein sehr ernstes Gespräch mit dem Minister des Aeußern. Die Pforte ist entschlossen, solche Modifikationen an den einzelnen Punkten der ihr vertraulich bekanntgegebenen Friedensbedingungen vorzunehmen, daß die prinzipielle Annahme, zu der sich das ottomanische Kabinett entschlossen, thatsächlich hinfällig erscheint. England überläßt die ganze Verantwortlichkeit für einen solchen folgenschweren Schritt der türki-

schen Regierung. Hier wird die Lage als sehr ernst betrachtet. Man glaubt, Rußland, dessen Geduld erschöpft zu sein scheint, werde mit einem ersten Entschlusse der unklaren Situation ein Ende machen. — Bedeutende Schiffsladungen Proviant und Munition für die Armee Abdul Kerim Pascha's sind heute abgegangen. Man bezeichnet es in unterrichteten Kreisen als eine Thatsache, daß die Pforte an die rumänische Regierung eine Note richtete, in welcher sie ernstlich die „rücksichtslose Theilnahmslosigkeit“ rügt, mit der in Rumänien die Thronbesteigung des Sultans Abdul Hamid hingenommen worden sei. Die rumänische Regierung erwiderte, daß sie keinen Anlaß finden könne, der sie hätte bestimmen sollen, von dem seit 1826 festgehaltenen Usage, nach welchem nur der Fürst in einem höchsten Schreiben die Thronbesteigung eines neuen Sultans erwidert, abzuweichen. — Kompetenzen bulgarischen Meldungen zufolge haben in mehreren bulgarischen Städten auf das Gerücht hin, daß Thrazien der Herrschaft der Rechtgläubigen entrissen werden soll, in den Moscheen die Mullahs offen zur Vertilgung der Christen aufgefordert. Eine Deputation angegebener bulgarischer Christen ist bereits in Konstantinopel angekommen, welche den Vertretern der Mächte eine Denkschrift über die verzweifelte und schmerzliche Lage der Christen überreichen und die rascheste Intervention der Mächte ersuchen wird.

Risch, 25. September. Der „N. Fr. Pr.“ wird von hier folgende, mit großer Vorsicht aufzunehmende Meldung gemacht: Bei dem nächsten Angriffe, welchen die Serben (trotz des Waffenstillstands) am 22. d. M. auf die türkischen Vortruppen bei der Trnjahn-Brücke unternahmen, wurde ein serbischer Milizsoldat gefangen, welcher gegenüber dem Major, Kommandanten des türkischen Bataillons, das den serbischen Angriff zurückschlug, folgende Aussage machte: Die serbischen Offiziere haben ihren Soldaten strenge Ordre gegeben, sich während der Waffenruhe jedes feindseligen Aktes gegen die Türken zu enthalten. Ein höherer russischer Offizier, mit noch sechs oder sieben Russen, welche in dem Bataillon des Gefangenen dienen, haben die serbischen Milizmänner durch Todesdrohungen zum Angriff auf die Türken gezwungen und Revolverschüsse auf die türkischen Betten abgefeuert, um auf diese Art einen Kampf, also den Bruch der Waffenruhe, zu provozieren.

Belgrad. Die bereits telegraphisch skizzierte Note des Ministers Ristic, welche derselbe am 26. den Vertretern der Mächte übermittelt hat, lautet wörtlich wie folgt:

„Ich habe die Ehre gehabt, Sie zu wiederholten Malen und desgleichen auch bei den Besprechungen, welche ich mit Ihnen hatte, in Kenntniß zu setzen, daß die Einstellung der Feindseligkeiten in der Form, wie die Pforte sie ihr gegeben hat, in Anbetracht dessen nicht ausführbar sei, daß weder die Demarkationslinie, noch die neutrale Zone bestimmt sind, und daß dieser Umstand besondere Unzufriedenheiten auf dem Kriegsschauplatz, hauptsächlich im Morava-Valle biete, wo die beiden Armeen sich auf halbe Flintenstreichweite gegenüber befinden. Ich habe auch die Ehre gehabt, Ihnen unter dem Datum des 6., 7. und 10. September zu notifizieren, daß die türkische Armee nicht aufgehört hat, die von beiden Seiten zugestandene Waffenruhe auf allen Punkten zu verletzen, und daß es daher wünschenswerth wäre, diese illusorische Waffenruhe durch einen wirklichen, in den gebräuchlichen Formen abgeschlossenen Waffenstillstand zu ersetzen. In Folge meiner Notifikationen haben Sie die Güte gehabt, den von der türkischen Regierung ausgedrückten Wunsch, die präfixe Sachlage durch einen regelrechten Waffenstillstand ersetzt zu sehen, zur Kenntniß Ihrer hohen Regierung zu bringen. Die türkische Regierung bedauert, daß die Pforte nicht geglaubt hat, die Unhaltbarkeiten, welche ihr ohne Zweifel signalisirt worden sind, in Erwägung ziehen zu sollen, und daß sie sich nach der Mittheilung, welche Sie mir gefälligst gemacht haben, darauf beschränkt hat, auf dem Kriegsschauplatz einen Zustand der Dinge, welcher wenig geeignet ist, Zusammenstößen zwischen den Armeen und einem unnötigen Blutvergießen vorzubeugen, noch für eine Woche zu verlängern. Durch die eben ausgetauschten Erwägungen veranlaßt, nehme ich mir die Freiheit, Sie zu bitten, an maßgeblicher Stelle bekannt geben zu wollen, daß die türkische Regierung es bedauert, keine Befehle zur Verlängerung der durch die Erfahrung als unhaltbar bewiesenen Situation, welche am 12. l. M. zu Ende ging, ertheilen zu können, indem sie schnellst den Abschluß eines regelrechten Waffenstillstandes mit den entsprechenden Bedingungen und auf genügende Dauer herbeiwünscht, um das zu Ende zu führen, was man zu erreichen sich vorgenommen hat.“

Ein Botschaftsgramm aus Wien vom 28. d. meldet: ein vom russischen General Summarokoff dem österreichischen Kaiser überbrachtes Handschreiben des Czaren Alexander betheure, der Czar wünsche aufrichtig den Frieden, „sei aber der einzige Mann in Rußland, welcher diesen Standpunkt noch einnehme. Nur wenn die Türkei Garantien gäbe, könnten die Friedensbemühungen des Czaren erfolgreich werden.“

Gesellschaft für Reform und Kodifikation des Völkerrechts.

Bremen, 26. September.

Von den anwesenden Mitgliedern des Kongresses führen wir die folgenden Herren, größtentheils Autoritäten in einem oder dem andern der vom Kongreß kultivirten Gebiete, namentlich auf: Prof. Goos, Dr. Hindenburg und Dr. Krüger, Kopenhagen; Prof. Amos, Dr. Travers Twiss, G. W. Freeland, Hinte Palmer und Dr. Spiñs, Queen's Counsel, Henry Richard, Parlamentsmitglied, England; Dr. Bredius, Mitglied der Generalstaaten, Staatsrath Bachtene, Holland; Prof. Albert, Christiania; Dr. Jaques, Hofgerichtsanwalt, Wien; Geh. Rath Borchardt, Berlin; Dr. Sedlaw, Gothenburg; Don Arturo de Marcoart, Cortesmitglied, Spanien. — In der heutigen Sitzung wird die Verhandlung über das internationale Wechselrecht zunächst noch durch einen Vortrag des Generalsekretärs weiter geführt, welcher mittheilt, daß einer der bedeutendsten Anwälte im Gebiete handelsrechtlicher Praxis, Hr. Hollams, London, sich mit dem Kommissionsbericht in vielen Punkten einverstanden erkläre. Nur glaubt er nicht, daß man in England den Protest im Fall der Nichtzahlung des binnenländischen Wechsels einräumen würde. Auch werde die deutsche Regel für Sicherstellung im Fall des Nicht-Akzepts in England keinen Anklang finden, wo man gleich den Betrag fordern könne. Die Umfassung des Wechselrechts in den europäischen Staaten hält Dr. Hollams vom praktischen Standpunkte aus wohl ausführbar.

Der Generalsekretär Jenden hält sodann noch einen Vortrag, in welchem er zunächst die Entstehungsgeschichte der allgemeinen deutschen Wechselordnung von den Tagen des leipziger Kongresses (1847) bis zu der Zeit der nürnbergischen Konferenzen und das Inkrafttreten des deutschen Wechselrechts in verschiedenen andern Ländern namentlich Schweden und Finnland, bespricht und sodann die drei Hauptsysteme: 1. das französische Gesetz (code de commerce); 2. das deutsche Wechselrecht, welches sich auf Dr. Karl Einert's Theorie gründet, insofern, als der Eigenwechsel als Grundlage genommen ist; 3. das englische Recht. Das amerikanische und deutsche Gesetz falle in die gleiche Kategorie. Somit sei anzunehmen, daß der ganze Norden und Amerika ohne große Abänderungen ein gemeinsames Gesetz für das Wechselrecht gründen könnten. Als Vorbild empfiehlt Hr. Jenden die allgemeine deutsche Wechselordnung. Schließlich deutet er darauf hin, daß, wenn die Gründung eines internationalen Wechselrechts erzielt

werden könnte, die fernere Ausbildung eines allgemeinen Handelsrechtsbuchs erreichbar sei.

Bei der Vorlesung der gestern beschlossenen Punkte entsteht noch eine längere Diskussion über den englischen und deutschen Begriff des Wechsels. Man einigte sich schließlich dahin, daß Promissory Note „gegengener Wechsel“ nicht „Coupon“ in sich begreife und daß bill of exchange dem deutschen Begriff „eigener Wechsel“ entspreche. Dr. Jaques, Wien, bespricht die vorliegende Angelegenheit im Allgemeinen, namentlich die Ausführbarkeit eines internationalen Wechselrechts. Er erinnert, was diese Ausführbarkeit anbetrifft, daran, daß es möglich gewesen sei, aus den zahlreichen Wechsel-Ordnungen der verschiedenen deutschen Staaten die allgemeine deutsche Wechselordnung zu schaffen, daß die östlichen Kantone der Schweiz die Prinzipien der letzteren angenommen hätten. Dafür, daß das Wechselrecht nicht notwendig ein nationales, auf besondere Bedürfnisse des Einzelstaats gegründetes sei, spreche auch die Thatsache, daß Spanien und mehrere südamerikanische Staaten das französische Wechselrecht adoptirt hätten. Bezüglich des Wechselrechts sei das Bedürfnis rascher Realisirbarkeit, leichter Uebertragbarkeit und schneller Prozeßgang ein gemeinsames, nicht an bestimmte Staaten und Völker gebundenes. Wenn bisher kein einheitliches Wechselrecht bestand, so lag das nicht in staatlichen Hindernissen, sondern in einer mangelhaften Beurtheilung des Wesens des Wechselrechts. Somit sei ein allgemeines Wechselrecht wohl zu verwirklichen. Dasselbe werde zugleich die erste Etappe auf dem Wege der Herstellung der Rechtsvereinheitlichung im Prozeßrecht überhaupt.

Der zweite Gegenstand sollte: Internationales Recht in Betreff der Auslieferung von Verbrechern sein; da indeß der betreffende Referent nicht anwesend, wird zu dem internationalen Münzwesen übergegangen. Der Referent Dr. Bredius, Holland, legt Namens des auf der haager Versammlung im vor. J. niedergelegten Komite's dessen Bericht vor. Er weist darauf hin, daß das Fallen des Preises von Silber im Vergleich zu dem des Goldes die ersten Störungen im Handels- und besonders Geldverkehr der verschiedenen Nationen untereinander hervorruft und beantragt, daß ein neues Komite, bestehend aus den bisherigen Mitgliedern und den von diesen Herren etwa noch zu kooptirenden Fachmännern, niedergelegt werde, welches die Frage zu prüfen und darüber zu berichten hat: ob es möglich ist, wenn auch nicht absolut, doch möglichst annähernd und im Wesentlichen eine Stabilität in dem relativen Werth des Goldes und Silbers durch Vereinbarung unter den verschiedenen Staaten herbeizuführen und eventuell die Natur dieser Vereinbarungen näher darzulegen. Dieser Antrag wird angenommen und weiter wird auf Grund des Vorschlages des Berichterstatters beschlossen: In Erwägung, daß die großen Fluktuationen und Unterschiede in den gegenseitigen Preisen des Goldes und des Silbers die Mittel zu außerordentlichem Gewinn gewähren durch Ausmünzung fremden Silbergeldes in diejenigen Länder, welche Doppelwährung haben und durch Einfuhr von solchen Geldes in die betreffenden Länder, beschließt die Versammlung, solchen Geldes, wenn auch Werth und Gewicht richtig, nicht den Falschmünzern gleich zu achten sei.

Ein dritter Gegenstand betrifft die internationale Patentgesetzgebung. Auch hierüber wurde schon auf der haager Versammlung ein Komite niedergelegt, welches nunmehr vorschlägt, die Versammlung möge die Beschlüsse des wiener internationalen Kongresses von 1873 als eine geeignete Basis für weitere Verhandlungen bezeichnen und ein neues Komite zur weiteren Förderung der Angelegenheit mit dem Rechte der Kooptation ernennen. Dieser Vorschlag des Berichterstatters Hinte Palmer wird ohne Debatte angenommen und zugleich auf Vorschlag Thompsons, Berlin, ein besonderes Komite für die Frage, wie ein internationales Verlagsrecht zu erzielen ernernt.

Ueber den nächsten Gegenstand der Tagesordnung, „Havarie“, hielt Herr Th. Bach einen längeren Vortrag. Bei einigen Theilen des Gebietes des allgemeinen Rechts haben sich, wie Redner ausführte, große Uebelstände geltend gemacht, so namentlich bei der Havarie große. Nachdem Redner sich ausführlich über die Grundprinzipien und die Ursachen bei Havarie große-Jällen in Deutschland, England u. d. geäußert, schlägt er folgende Resolutionen vor:

1) Das Grundprinzip der Havarie große findet seinen klaren und hinlänglichen Ausdruck in folgenden Worten des deutschen Handelsgesetzbuches: Alle Schäden, welche dem Schiffe oder der Ladung oder beiden zum Zwecke der Errettung beider aus einer gemeinsamen Gefahr von dem Schiffe oder auf dessen Geheiß vorsätzlich zugefügt werden, sowie auch die durch solche Maßregeln ferner verursachten Schäden, gleichen die Kosten, welche zu demselben Zwecke aufgewendet worden sind große Havarie. Die große Havarie wird von Schiff, Ladung und Fracht gemeinschaftlich getragen.

2) Bei weiterer Anwendung dieses Grundprinzips kommen folgende fernere Grundsätze in Betracht:

a. Durch eine zeitweilige Trennung von Schiff und Ladung während der Reise in Folge eines Havariealles ist die Gemeinschaft zwischen beiden nicht aufgehoben oder suspendirt.

b. Nur diejenigen Folgen der gebrachten Opfer sind zu berücksichtigen, deren Kausalzusammenhang mit demselben nachweislich ist, nicht aber diejenigen, welche sich nur zufällig mit demselben knüpfen.

3) Auf dieser Basis kann und sollte ein internationales Havarie große-Gesetz geschaffen werden; da aber ohne die Initiative der verschiedenen Regierungen und gesetzgebenden Körper keine Aussicht da ist, jemals dieses Ziel zu erreichen, so sind alle Bestrebungen zunächst dahin zu richten, dieselben dazu zu bewegen.

4) Als Grundlage für die Beratungen zu einem solchen Gesetze ist der Abschnitt des deutschen Handelsgesetzbuches über große und besondere Havarie vorzugsweise geeignet. Für dieselben bieten ferner die Verhandlungen der bisher in England abgehaltenen drei internationalen Havarie große-Kongresse sehr werthvolles Material.

5) Um bis zur Erreichung dieses Zweckes die Nachtheile der jetzigen Ungleichheit der Havarie große-Gesetze möglichst zu mildern, empfiehlt sich die Annahme des Grundgesetzes seitens sämtlicher Affiliationsländer, daß die am Bestimmungsorte des Schiffes in gehöriger Form den dortigen Landesgesetzen gemäß aufgemachten Havarie große Dispositionen überall anzuerkennen sind.

6) Die Versammlung ernenne eine Kommission mit dem Auftrag, die Agitation zur Förderung der Resolutionen 3 und 5 an den geeigneten Stellen zu organisieren und mit den geeigneten Mitteln zu unterhalten.

7) H. Meier beantragt, die Resolutionen einer aus sieben Mitgliedern bestehenden Kommission zu überweisen, die auf dem nächsten jährigen Kongresse darüber berichten solle, in wie weit und in welcher Weise die Resolutionen praktisch zur Ausführung gebracht werden können, und dieser Antrag wurde angenommen.

Berichtigung. In dem Referat über die erste Sitzung der Versammlung des internationalen Wechselrechts hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. In den Grundgesetzen muß es unter 8) heißen: Das Planto-Indossament ist gültig, anstatt ungültig.

Lokales und Provinzielles.

Fosen 29. September.

r. Die gestern hier abgehaltene polnische Delegirtenversammlung, über deren Vormittagsitzung wir bereits kurz berichtet haben, setzte am Nachmittage im Bazarfaal ihre Verhandlungen fort. Bei der Aufstellung der definitiven Abgeordneten-Liste, die in 13 Klassen, dem Hauptzweck der Versammlung, zeigte es sich, daß sich beide Parteien, die ultramontane und die nationale, fast in gleicher Stärke gegenüber standen; von den 27 Delegirten bekannten sich 13

zur ultramontanen und 14 zur nationalen Partei. Ueber das Ergebnis der Wahlen geht uns folgender Bericht zu:

Es scheint das sich beide Parteien über die aufzustellenden Kandidaten in der Tags zuvor durch den Fürsten Roman Gortoryski einberufenen Privatversammlung der Delegierten bereits verständigt hatten, denn die Verhandlungen, die mit einstündiger Unterbrechung von 11 Uhr Vormittags bis 9 Uhr Abends dauerten, wurden mit großer Ruhe geführt. Das Ergebnis der mit so großer Spannung im polnischen Lager erwarteten Wahl deutet auf einen Kompromiß beider Parteien hin, wonach dem nationalen Element zwar eine starke Vertretung gewährt, aber alle Kandidaten ausgemerzt wurden, welche sich nicht den klerikalen Anforderungen unterordneten. Es wurden als Landtags-Kandidaten aufgestellt für den Wahlkreis 1) Wronowski-Gnesen-Mogilno Abg. Wlad. v. Wierzbinski (national), Abg. Kantak (national-klerikal), Abg. Probst Dr. Respondek (ultram.), 2) Pleschen-Protoschin: Abg. Probst Dr. Jazdowski (ultram.), Abg. Rittergutsbesitzer B. Lubinski (national), 3) But-Kosten Abg. Rittergutsbesitzer Stan. v. Chlapowski (ultram.), Abg. Ritter Magdinski (national), 4) Adelnau-Schilberg Abg. Rittergutsbesitzer Dr. Heinrich Szuman (national), Dr. F. Chlapowski aus Pleschen (ultram.), 5) Schrimm-Schroda-Breschen Abg. Rittergutsbesitzer R. v. Szczyaniacki (national), Abg. Kreisgerichtsrath A. D. Bilaski (national), Pfarrer Dr. Stabrowski (ultram.), 6) Dobornik-Posen Graf Dr. Dninski (national), Reichstagsabgeordneter Probst Zientkiewicz-Obiezjerze (ultramontan), 7) Kröben-Fraustadt Abg. Dr. Respondek (ultramontan), Abg. Gustav v. Potworowski (national), ein dritter Kandidat ist nicht aufgestellt worden, man hat es vielmehr dem Kreis-Wahlkomitee überlassen, sich mit den deutschen Katholiken über diesen Sitz zu verständigen; 8) Nowogard-Schubin Reichstagsabg. Rittergutsbesitzer Thomas von Rozowski (national), Reichstags-Abg. Eustach. v. Rogalski (national), 9) Samter-Virbaum Probst Zientkiewicz (ultram.), Dr. Roman Komierowski (national), 10) Wirlik-Bromberg Adolph von Raczowski (ultram.), Reichstags-Abg. Vikar Prinz Edmund Raczowski (ultram.), Dr. R. Komierowski (nat.), 11) Stadt Posen Ritter K. Kantak (nat.), 12) Czarnikau-Gobischew Abg. Rittergutsb. Heintz. Schumann (nat.); ein 2. Kandidat wurde nicht aufgestellt, die Aufstellung vielmehr dem Kreiswahlkomitee überlassen; 13) Bomst-Melersitz Defan K. Schröder (ultram.), v. Szaa-Radlic (ultram.). Von diesen Kandidaten haben diejenigen 12, welche in den 5 ersten Wahlbezirken aufgestellt worden sind, die sichere Aussicht, bei der Wahl durchzukommen; es gehören von ihnen 7 der nationalen, 5 der ultramontanen Partei an; im Wahlkreise Fraustadt-Kröben ist das Wahlresultat unsicher und von der Abstimmung der dortigen deutschen Katholiken abhängig.

Nach der Wahl der Kandidaten wurde von den Delegierten ein neues Provinzial-Wahlkomitee gewählt. Nachdem der bisherige Vorsitzende, Herr v. Bentkowski, seine Wiederwahl entschieden abgelehnt hatte, wurden gewählt, resp. wiedergewählt: Graf Miecz. Kwiecień (national), Abg. Wlad. v. Wierzbinski (national), A. v. Radonki (national), Thadd. v. Chlapowski (nat.-ultr.), Geistlicher Lic. Litowski (ultram.), so daß 3 der Gewählten entschieden der nationalen, und nur einer entschieden der ultramontanen Partei angehört. Zu Stellvertretern wurden außerdem Graf Stephan Rozowski und Graf B. Poninski gewählt. — An Stelle des bisherigen Reichstags-Abgeordneten v. Rogalski (Schroda-Schrimm), welcher sein Mandat niedergelegt hat, ist für die laufende Reichstagsperiode Graf Skorzewski als Kandidat aufgestellt worden. — Außer den bereits im Morgenblatte Genannten haben Rittergutsbesitzer Heintz. v. Krzyżanowski, Fürst Roman Gortoryski, Dr. Schulzyski und Gutsbesitzer Markgraf eine Abgeordnetenwahl abgelehnt.

Die schönen Angelfazien, welche in dem kleinen Gärtchen an der Wilhelmstraße zwischen dem Viktoriaischen und Weicherschen Grundstücke standen, sind, da dieser Garten neuerdings zur Straße umgestaltet wird, sämtlich mit den Wurzeln ausgegraben und in dem Hofe des Hotel de France wieder eingestekt worden.

Kähne, 28. September. [Kähner Tumultuanten. Landwirthschaftliches.] Dem Beispiel des Schuhmachers P. v. d. folgenden, der in der bekannten kähner Auftrags- und sechs Monaten verurtheilt worden war, sind bereits auch einige andere verurtheilte Tumultuanten nach Berlin gereist, um die Gnade des Kaisers anzufragen. Ueber den Erfolg ihrer Bemühungen verläutet bis heute noch nichts. Gegenwärtig sind noch alle in Freiheit. — Die Kartoffelernte hat in der hiesigen Umgegend bereits begonnen und liefert in Quantität und Qualität ziemlich zufriedenstellende Erträge. Die jungen Saaten stehen prächtig.

Staats- und Volkswirtschaft.

Posen, 29. September. Ueber den Baader Posen-Belgarder Eisenbahn) wird einem berliner Blatte folgendes berichtet:

Man beabsichtigt zum Sommer 1879 mindestens das Stück Posen-Schneidemühl, welches durch den Bahnansluß in Schneidemühl für sich betriebsfähig ist, dem öffentlichen Verkehr zu übergeben, während das nordwärts liegende Stück jedenfalls nicht lange darauf, vielleicht auch gleichzeitig fertig gestellt werden wird. Der erste Spatenstich erfolgt ohne jede Feierlichkeit. Bemerkenswerth ist, daß trotz der traurigen Verhältnisse der Industrie und des Handels bereits am zweiten Bantage die Bauverwaltung mit bedeutenden Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, welche ihr aus wohlgeplanten Manipulationen der Arbeiter zur Erzielung maßloser Lohnsteigerungen erwuchsen. Durch sofortige Requisition auswärtiger Arbeiter konnten jedoch die unzufriedenen Elemente der Arbeiterkolonnen entbehrlich gemacht werden.

Konkurs E. Abel jr. in Stettin. Ueber den Status der Masse vom 11. September erfährt man folgende Ziffern: Aktiva. Kassa 895,689 M., ausstehende Forderungen 239,441 M., Utensilien 7383 M., Effekten 372,631 M., Wechsel 152,700 M., Kupons 1834 M., Engagement in Berlin mit der norddeutschen Papierfabrik zu Köslin auf 200,000 M. veranschlagt, lombardirte Effekten bei der Reichsbank abzüglich darauf erhaltener Darlehen 77,904 M. Diese Post wird von der Passiva abgezogen. Ferner sind bei verschiedenen Instituten in Berlin lombardirte Effekten im Betrage von 1,229,970 M., darauf erhaltenen Darlehen 1,830,579 M., daher ungedeckt 600,699 M., unter Passiva figurirend. Das Privatvermögen der Teilnehmer der Firma ist auf 483,679 M. veranschlagt, daher Gesamtaktivita 2,356,419 M. Davon sind abzurechnen: für abgelohnte Lombarddarlehen bei der Reichsbank, Union und Germania 65,098 M., Kosten zusammen rund 72,251 M., zusammen 137,349 M., daher Aktiva abgezogen auf 2,219,070 M. Passiva: Angemeldete Forderungen 1,759,056 M. Noch nicht angemeldete 874,039 M., nicht gedeckte Lombard-Forderungen 522,707 M., daher gefamte Passiva 3,155,803 M. Diernach stellt sich der Prozentsatz auf 70,3 Prozent.

Paris, 28. September. Bankausweis.

Zunahme.	
Baarvorrath	3,854,000 Frs.
Portefeuille der Hauptbank und der Filialen	17,087,000 "
Notenumlauf	13,102,000 "
Guthaben des Staatschazes.	18,208,000 "
Abnahme.	
Gesamt-Vorshüsse	956,000 "
Laufende Rechnungen der Privaten	6,461,000 "

Vermischtes.

* **Heinrich Laube** erläßt folgenden öffentlichen Dank. Es ist mir nicht möglich, die überaus zahlreichen Telegramme, Zu-

schreiben, Adressen und Zusendungen für meinen siebzehnten Geburtstags einzeln zu beantworten. Meine tägliche Berufstätigkeit nimmt meine volle Zeit in Anspruch. Ich muß also hiermit um die Erlaubnis bitten, meinen Dank summarisch und öffentlich auszusprechen zu dürfen. Mögen meine Freunde und Gönner überzeugt sein, daß dieser Dank warm und tief aus dem Herzen kommt für die überschwengliche Beweise von Zutrauen und Wohlwollen.

Wien, den 21. September 1876.

Heinrich Laube.

* **Aus Barmen**, 22. Septbr., wird geschrieben: Das im Jahre 1875 eröffnete, aber schon am 25. November 1875 bis auf die Umfassungsmauern abgebrannte Stadttheater ist heute so weit wieder fertig gestellt, daß die Bühne am 1. Oktober eröffnet werden kann. Der schnelle Wiederaufbau ist unter der Leitung der kölnen Architekten Gebr. Hochgürtel geschehen. Die innere Aus schmückung des Hauses ist eine wesentlich andere wie früher. Die Deckengemälde des Zuschauerraums (die vier Jahreszeiten und Nacht und Morgen darstellend) sind von dem Maler Fr. Köber von Düsseldorf. Die Dekorationen der Bühne sind sämtlich von Gebr. Brüchler in Koburg angefertigt; die Bühne selbst ist von den Herren Rosenbergs, Vater und Sohn von Köln nach den neuesten Erfahrungen auf diesem Gebiet und durchaus zweckentsprechend eingerichtet. Die Eröffnungsfeierlichkeit wird durch Emil Rittershaus mit einem von ihm selbst zu sprechenden Prolog eingeleitet werden, an welchen sich die Vorstellung von Figaro's Hochzeit anschließt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Bremen, 28. September. In der heutigen Sitzung des volkswirtschaftlichen Kongresses wurde bei der Beratung der Frage wegen der gesetzlichen Regelung des Feingehaltes der Gold- und Silberwaaren ein Antrag des Referenten v. Studnitz, die gesetzliche Regelung der Frage gänzlich zu verwerfen, abgelehnt und einem Antrage von Kirchbach und Gensel zugestimmt, nach welchem die Regelung sich darauf beschränken soll, daß die gedachten Waaren mit dem Namen oder der Marke des Verfertigers oder Verkäufers, sowie mit der Angabe des Feingehaltes zu bezeichnen sind. Bezüglich der Eisenbahnbau- und Betriebskosten wurde ohne vorhergegangene Debatte der Antrag des Referenten Baron Kuebel angenommen. Die Diskussion der Frage betreffs des Ankaufs der deutschen Eisenbahnen durch das Reich schloß mit der Ablehnung sämtlicher Anträge, da die Anhänger und Gegner des Projektes ziemlich gleich stark vertreten waren. Nur die Nothwendigkeit einer Reform des Eisenbahnwesens überhaupt wurde anerkannt. Bei der schließlich vollzogenen Wahl einer ständigen Deputation wurden gewählt: Braun, Boehmert, Seyffardt, Gensel, Pammers, Kuebel, Wolff (Stettin), Weigert und Mosle.

Stuttgart, 28. Sept. Der Kaiser und die Kaiserin sind mit dem Großherzog und der Großherzogin von Baden gestern Nachmittag 5½ Uhr von Karlsruhe hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe von den Mitglie dern der königlichen Familie empfangen worden. Die allerhöchsten Herrschaften begrüßten sich in der herzlichsten Weise. Ebenso wie bei der ersten Anwesenheit des Kaisers hier, war die Stadt wieder festlich geschmückt und geslaggt und hatte sich auch heute auf dem Wege vom Bahnhofe bis zum Schlosse eine große Menschenmenge zur Begrüßung der Majestäten eingefunden. Der Kaiser und die Kaiserin und der König und die Königin von Württemberg trafen heut kurz vor 11 Uhr auf dem Festplatze in Rannstadt ein und wurden von der daselbst in ungeheurer Zahl versammelten, aus allen Theilen des Landes herbeigeströmten Volksmenge mit stürmischem Jubel begrüßt. Nachdem die Allerhöchsten Herrschaften der Preisvertheilung des landwirthschaftlichen Hauptfestes und dem Wettrennen angewohnt hatten, lehrten dieselben — gegen 2 Uhr — nach Stuttgart zurück. Um 5 Uhr 8 Minuten reisten der Kaiser und die Kaiserin in Begleitung des deutschen Kronprinzen und des Großherzogs und der Großherzogin von Baden mittelst Extrazugs nach Baden-Baden ab, nachdem sie sich auf dem Bahnhofe von dem württembergischen Königspaare in der herzlichsten Weise verabschiedet hatten. Eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge begrüßte bei der Abfahrt die Majestäten nochmals sehr enthusiastische Zurufe.

Wien, 28. September. Nach hier eingelangten Nachrichten aus Belgrad hat der Minister Ristic, noch unabhängig von der den Vertretern der Großmächte übermittelten Note einzelnen fremden Generalkonsuln gegenüber mündlich erklärend erklärt, daß die Ablehnung der Prolongation der Waffenruhe lediglich die gegenwärtige Form betreffe, daß Serbien aber bereit sei und wünsche, in einen formulirten Waffenstillstand einzutreten.

Brüssel, 27. September. Der internationale Kongreß für Gesundheitspflege und Rettungswesen ist heute Nachmittag hier eröffnet worden. Der König, mehrere Mitglieder des diplomatischen Corps, sowie die Minister wohnten der Feierlichkeit bei. — Der Kongreß wählte Verboort zum Präsidenten.

Haag, 27. September. General-Major Beven ist zum Kriegsmi nister ernannt worden.

Kopenhagen, 27. September. Der Kronprinz hat sich heute Mittag nach Lübeck begeben.

Konstantinopel, 27. September. Die Militärbehörden melden vom Kriegsschauplatz neue Verletzungen der Waffenruhe Seitens der Serben. In der Nacht des 24. haben sie das muslimanische Dorf Kerbja, gegenüber von Dogbolan, überfallen und daselbst Vorräthe vernichtet; zu gleicher Zeit hat eine serbische Abtheilung das Dorf Pernita angegriffen. In all diesen Orten wurde geplündert. Die christlichen Einwohner der Dörfer Schadeowa, Tocodora und Tisso viza in Bosnien wurden gewaltsam nach Serbien mitgeschleppt. Die Montenegriner ihrerseits haben mehrere Häuser bei Kolaschin angezündet und die Lebensmitteltransporte für das ottomani sche Heer zwischen Brana und Mogora angegriffen. Die Angriffe blieben ohne Erfolg.

Wien, 28. September. Der Mission des Generals Sumarokoff, welcher ein Handschreiben des Kaisers Alexander überbringt, wird in hiesigen Regierungskreisen ein entschieden die Herstellung des Friedens begünstigender Charakter beigelegt.

Konstantinopel, 28. September. Die Serben verletzten die Waffenruhe auf der ganzen Linie. Die Pforte wird die Vorschläge der Mächte erst am Sonntag beantworten. Wie verlautet, beabsichtigt die Pforte dieselben Reformen im ganzen Reiche durchzuführen. Die Hälfte der Nationalmitglieder soll von der Bevölkerung gewählt werden.

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 28. September. Spekulationspapiere bei geringen Umsätzen matt, Nebenwerthe geschäftlos.
[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204, 35. Pariser Wechsel 81, 03 Wiener Wechsel 168, 25. Böhmische Westbahn 153. Elisabethsbahn 118. Galizier 174. Franzosen*) 236½. Lombarden*) 67. Nordwestbahn 110½. Silberrente 58½. Papierrente 55½. Russ. Bodenkredit 85½. Russen 1872 —. Amerikaner 1885 100½. 1860er Loose 103½. 1864er Loose —. Kreditaktien*) 127½. Oesterr. Nationalbank 728, 00. Darmst. Bank 109½. Berliner Bankverein 84½. Frankfurter Wechselbank 82½. Oesterr. Bank 93. Meiringer Bank 77½. Gess. Ludwigsbahn 100½. Oberhessen 73½. Ung. Staatsloose —. Ung. Schatzanw. alt 88½. do. do. neue 86½. do. Oest.-Obl. II. —. Centr.-Pacific —. Reichsbank 159½.
Des jüdischen Festtags wegen heute keine Effekten-Sozietät.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien, 28. September. Geschäftlos, Bahnen matt.
[Schlußkurse.] Papierrente 66, 80. Silberrente —. 1854er Loose —. Nationalbank 860, 00. Nordbahn 1812. Kreditaktien 154, 00. Franzosen 282, 50. Galizier 208, 25. Rajsch-Oberberg 90, 50. Parobitzer —. Nordwestb. 129, 50. Nordwestb. Lit. B. —. London —. Hamburg —. Paris —. Frankfurt —. Amsterdam —. Böhm. Westbahn —. Kreditloose —. 1860er Loose —. Lomb. Eisenb. 81, 00. 1864er Loose —. Unionbank —. Anglo-Austr. 83, 25. Napoleons 9, 64½. Dukaten —. Silbercoup. —. Elisabethsbahn 143, 20. Ungar. Bräml. 71, 70. D. Reichsbk. 59, 30.
Türkische Loose —.

Offizielle Notirungen: Papierrente 66, 75. Silberrente 69, 70. Kreditloose —. London 121, 20. Paris 47, 90. Amsterdam 100, 00. Reichsbanknoten 59, 35. Elisabethsbahn 144, 00. Rajsch-Oberberger 90, 00. Nachbörse: Kreditaktien 153, 40. Franzosen 282, 00. Lombarden 80, 50. Galizier 208, 25. Anglo-Austr. 83, 00. Reichsbank —. Napoleons 9, 65.
Platzdiskont ½ pEt.

London, 28. Septbr., Nachm. 4 Uhr. Konfols 96½. Italien. 5proz. Rente 74½. Lombarden 7. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte 9½. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9½. 5proz. Russen de 1871 91. 5proz. Russen de 1872 93½. Silber 52½. Türk. Anleihe de 1865 13½. 5proz. Türken de 1869 13½. 5proz. Vereinigt. St. pr. 1885 106½. do. 5proz. fund. 108. Oesterr. Silberrente —. Oesterr. Papierrente —. 6proz. ungar. Schatzbonds 88½. 6proz. ungarische Schatzbonds II Emiff. 85½. 6proz. Peruaner 19½. Spanier 14½.

Paris, 28. September. Matt, starke Verkäufe.
[Schlußkurse.] 3proz. Rente 72, 37. Anleihe de 1872 106, 47½. Italienische 5proz. Rente 74, 75. do. Tabakaktien —. do. Tabakobligationen —. Franzosen 591, 25. Lombard. Eisenbahn-Akt. 175, 00. do. Prioritäten 244, 00. Türken de 1865 13, 30. do. de 1869 73, 00. Türkenloose 44, 00.
Crédit mobilier 211. Spanier extér. 14½. do. intér. 12½. Suezkanal-Aktien 713. Banque ottomane 408. Société générale 538. Crédit foncier 743. Egypter 221. — Wechsel auf London 25, 21½.

New-York, 28. Septbr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagio 10½, niedrigste 9½. Wechsel auf London in Gold 4 D. 83 C. Goldagio 9½. 10 Bonds per 1885 113. do. 5proz. fundierte 114½. 10 Bonds per 1887 116½. Erie-Bahn 10. Central-Pacific 110½. New-York Centralbahn 97½.

Produkten-Course.

Danzig, 28. September. Getreide = Börse. Wetter: trübe und milde Luft. Wind SW.

Weizen lofo blieb am heutigen Markte in recht stauer Stimmung und ohne Kauflust, man erließ gerne 1 M. per Tonne billiger als gestern, und konnte doch dadurch regere Kauflust nicht erreichen. Nur 210 Tonnen sind heute mißlich verkauft worden und ist bezahlt für Sommer- 130, 132 Pfd. 198 M., bunt 126 Pfd. 197 M., hellbunt 130, 131 Pfd. 203, 204 M., hochbunt 131 Pfd. 205 M., 135 Pfd. 207 M., extrafein 135 Pfd. 210 M. per Tonne. Termine ziemlich unverändert, September-Oktober 203 M. bez., Oktober-November 202 M. Br., April-Mai 206 M. Br., 205 M. Gd. Regulirungspreis 202 M.

Roggen billiger. 124 5 Pfd. ist zu 161½ M. per Tonne verkauft. Umfag 33 Tonnen. Termine stille, Oktober-November 150 M. bez., russischer Oktober-November 150 M. Br. Regulirungspreis 157 M. — Erbsen lofo noch mit 153, 156 M. per Tonne gehandelt. Termine April-Mai 140 M. Br. — Rübsen lofo ohne Umfag. Regulirungspreis 318 M. — Raps lofo nicht verkauft. Regulirungspreis 320 M. — Spiritus lofo zu 50 M. per 10,000 Liter Prozent verkauft.

Köln, 28. September. Getreidemarkt. Weizen, hiesiger lofo 23, 50, fremder lofo 21, 50, pr. November 19, 50, pr. März 20, 55. Roggen, hiesiger lofo 17, 50, pr. Novbr. 14, 50, pr. März 15, 45. Hafer lofo 17, 00, pr. Novbr. 16, 10, pr. März 16, 20. Rüböl lofo 38, 50, pr. Oktober 37, 90, pr. Mai 37, 00.

Hamburg, 28. September. Getreidemarkt. Weizen lofo und auf Termine ruhig. Roggen lofo und auf Termine ruhig. Weizen pr. September-Oktober 199 Br., 198 Gd., pr. November-Dezember pr. 1000 Rilo 202 Br., 201 Gd. Roggen pr. Septbr.-Oktober 145 Br., 144 Gd., pr. November-Dezbr. per 1000 Rilo 149 Br., 148 Gd. Hafer still. Gerste flau. Rüböl matt, lofo 73, pr. Mai 72, pr. Oktober pr. 200 Pfd. 72½. Spiritus ruhig, pr. September 38½, pr. Oktober-November 38½, pr. Novbr.-Dezember 38½, pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 pEt. 39. Kaffee fest, Umfag 8000 S. Petroleum geschäftlos, Standard white lofo 21, 00 Br., 20, 80 Gd., pr. September 20, 80 Gd., pr. Oktober-Dezember 20, 75 Gd. — Wetter: Schön.

Abendbörse. Wegen des jüdischen Feiertages sehr schwach besucht, nur einige Abchlüsse in Kreditaktien zu 128½.

Bremen, 28. September. Petroleum (Schlußbericht). Standard white lofo 20, 00, a 20, 10 bez., pr. Oktober 20, 00, a 20, 10, pr. November 20, 40 a 20, 45, pr. Dezember 20, 60 bezahlt und Käufer. Sehr fest.

Amsterdam, 28. Septbr. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen pr. November 279, pr. März 294. Roggen pr. Oktober 179 pr. März 191. — Wetter: Bewölkt.

Paris, 28. Septbr. Produktenmarkt (Schlußbericht). Weizen behauptet, pr. September 27, 25, pr. Okt. 27, 25, pr. November-Dezember 27, 75, pr. Novbr.-Febr. 28, 00. Wehl ruhig, pr. September 58, 75, pr. Oktober 58, 75, pr. November-Dezember 60, 00, pr. November-Februar 60, 75. Rüböl fest, pr. September 89, 75, pr. Oktober 90, 00, pr. November-Dezember 91, 00, pr. Januar-April 91, 75. Spiritus steigend, pr. September 54, 00, pr. Januar-April 56, 00. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 28. September. Getreidemarkt geschäftlos. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirter, Type weiß, lofo 49½, bez. u. Br., pr. September 49 bez., 49½ Br., pr. Oktober 49 bez., 49½ Br., pr. Oktober 49 bez., 49½ Br. — Wetter: Schön.

Warschau, 28. Septbr. Roheisen. Mired numbes warrants 57 Sch. 3 d.

Bradford, 28. September. Wolle und Wollenwaaren. Wolle ruhiger zu vollen Preisen, wollene Garne gefragter, wollene Stoffe stetiger.

New-York, 27. Septbr. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 11½, do. in New-Orleans 10½. Petroleum in New-York 26, do. in Philadelphia 26. Mehl 5 D. 15 C. Rother Frühjahrsweizen 1 D. 23 C. Mais (old mired) 59 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 8½. Kaffee (Rio) 17½. Schmalz (Marke Wilcox) 11. Speck (short clear) 8½ C. Getreidefracht 6

